

Varoufakis Einreiseverbot für Deutschland, Nord Stream & US-Hilfe für Ukraine | Fabian Scheidler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, und heute spreche ich mit dem Autor und unabhängigen Journalisten Fabian Scheidler. Fabian hat zahlreiche Bücher geschrieben, zuletzt *Das Ende der Megamaschine: Geschichte einer scheiternden Zivilisation*. Fabian, willkommen zurück.

Fabian Scheidler (FS): Danke, dass ich hier sein darf.

ZR: Beginnen wir dieses Interview mit einem Rückblick auf die internationale Entwicklung im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf den Gazastreifen, der bisher 34.183 Palästinenser das Leben gekostet hat, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Vor kurzem hat eine unabhängige Untersuchung unter der Leitung der ehemaligen französischen Außenministerin Catherine Colonna ergeben, dass Israel noch immer keine Beweise für die Behauptung vorlegen konnte, die Mitarbeiter des UN-Hilfswerks UNRWA gehörten der Terrororganisation Hamas an. Im Januar beschuldigte Israel UNRWA, von der Hamas unterwandert zu sein. Diese Behauptung wurde nicht nur von westlichen Medien unkritisch übernommen, sondern veranlasste auch Staaten wie die USA, das Vereinigte Königreich und Deutschland zur Kürzung ihrer Finanzmittel, obwohl 2,3 Millionen Menschen im Gazastreifen auf dieses Hilfswerk angewiesen sind, um Nahrung, Unterkunft und Medikamente zu erhalten. Deutschland hat beschlossen, seine Zusammenarbeit mit dem UNRWA wieder aufzunehmen, die USA haben sich jedoch bisher geweigert, dies zu tun. In einer weiteren internationalen Entwicklung legten die Vereinigten Staaten vor kurzem ihr Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates ein, mit der dem Staat Palästina die Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen gewährt werden sollte. Der stellvertretende US-Botschafter Robert Wood teilte dem Sicherheitsrat mit, dass das Veto, Zitat, „nicht die Ablehnung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit widerspiegelt, sondern die Erkenntnis, dass diese nur durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien erreicht werden kann“,

Zitat Ende. Was halten Sie angesichts dieser internationalen Entwicklungen von den Maßnahmen der Vereinigten Staaten auf der internationalen Bühne? Waren diese in Bezug auf die Lösung der israelisch-palästinensischen Frage konstruktiv?

FS: Nein. Es war vielmehr sehr destruktiv, wobei die Vereinigten Staaten auf der internationalen Bühne immer mehr isoliert sind. Die Abstimmung im Sicherheitsrat war ein Spiegelbild dessen.

Die Vereinigten Staaten stimmten gegen die palästinensische Eigenstaatlichkeit, obwohl die meisten anderen Mitglieder des Sicherheitsrates dafür waren - nur zwei Enthaltungen.

Die Vereinigten Staaten meinten daraufhin, sie würden eine Zweistaatenlösung befürworten, allerdings müsse dies durch Verhandlungen geschehen. Wer soll denn hier verhandeln? Der Gazastreifen wird bombardiert, und zwar schon seit einem halben Jahr. Außerdem gibt es keine unabhängige palästinensische Behörde. Diese ist völlig von Israel abhängig und zutiefst korrupt. Zudem haben die USA jahrzehntelang behauptet, sie unterstützten eine Zwei-Staaten-Lösung, aber in Wirklichkeit haben sie diese blockiert, indem sie Israel erlaubten, die Kolonisierung des Westjordanlandes und die Blockade des Gazastreifens voranzutreiben, die 16 Jahre lang andauerte, und die nun zum Krieg geführt hat. Ich denke, die internationale Gemeinschaft, abgesehen von einigen westlichen Staaten wie Deutschland, ist sich der Isolation der Vereinigten Staaten durchaus bewusst. Und schließlich glaube ich, dass eine Lösung für die schwierige Situation nur erreicht werden kann, wenn entweder die Vereinigten Staaten nicht dabei sind oder umgangen werden, oder wenn die Vereinigten Staaten erkennen, dass ihre Haltung gegenüber Israel und Gaza keine Zukunft hat.

ZR: Betrachten wir dieses Thema aus einer regionalen Perspektive, nämlich zwischen Israel und Iran. Nach einem israelischen Luftangriff Anfang April, bei dem ein iranisches Konsulat in Syrien, Damaskus, zerstört und ein hochrangiger Militärberater des Iran getötet wurde, reagierte der Iran mit dem Abschuss von mehr als 300 Geschossen auf eine Militäreinrichtung in Israel, darunter etwa 170 Drohnen und über 120 Raketen, die nach Angaben der israelischen Verteidigungskräfte nur minimale Schäden verursachten. Tage später antwortete Israel mit einem Luftangriff auf eine Luftverteidigungsanlage in der Nähe der Stadt Isfahan in Zentraliran. Der Iran verfügt über Nuklearanlagen, eine Produktionsstätte für Drohnen und einen großen Luftwaffenstützpunkt. Verschiedenen Berichten zufolge hielt sich der Schaden jedoch in Grenzen. Die westlichen Staaten verurteilten den Angriff des Irans auf Israel weitgehend und forderten Israel lediglich zur Zurückhaltung auf. Die Europäische Union beschloss als Vergeltung für den Angriff auf Israel eine Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran und kündigte zudem an, alle in der EU hergestellten Komponenten, die für die Produktion von unbemannten Luftfahrzeugen, Drohnen oder ballistischen Raketen verwendet werden, ins Visier zu nehmen. Wie beurteilen Sie den Konflikt zwischen Israel und dem Iran sowie die Reaktion des Westens?

FS: Die Reaktion des Westens war zutiefst heuchlerisch, denn Israel hat den ganzen Konflikt mit seinem Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus ausgelöst, was nach internationalem Recht eine Kriegshandlung war. Botschaften und Konsulate werden als

Territorium des jeweiligen Staates betrachtet. Es war also tatsächlich iranisches Territorium, das getroffen wurde. Und es gab keine wirkliche Verurteilung dieser Tat durch westliche Staaten, was wirklich erstaunlich ist, wenn man berücksichtigt, dass es sich um einen ungeheuerlichen Vorgang handelte und solche Ereignisse fast nie vorkommen. Normalerweise werden Botschaften und Konsulate sogar in Kriegen und Konflikten respektiert. Israel hat also ganz klar den Anstoß zu der ganzen Affäre gegeben. Dann befand sich der Iran in einer schwierigen Situation. Iran musste reagieren, sonst würde es nach außen schwach wirken. Man wandte sich an die UN, um ein diplomatisches Eingreifen zu fordern. Aber das war aufgrund der Interventionen der Vereinten Staaten nicht möglich. Also mussten sie etwas tun. Und so gingen sie vor, ich werde nicht rechtfertigen, was sie taten, aber sie handelten so - selbst westliche Beobachter stellten fest, dass sie sich in ihrer Wirkung sehr zurückhielten. Neun Stunden lang konnten die USA, die israelischen Verteidigungstreitkräfte und andere diese Raketen und Drohnen usw. abschießen. Seymour Hersh berichtete sogar, dass es seinen Quellen zufolge Gespräche zwischen dem Pentagon und dem iranischen Militär gab, um sicherzustellen, dass auf israelischem Territorium kein größerer Schaden angerichtet wird, denn die USA wollen diese Art von Krieg zwischen dem Iran, Israel und dem Rest eindeutig vermeiden. Und so scheint mir der Bericht von Seymour Hersh möglich, dass das Pentagon, nicht die Biden-Administration, die das Ganze auf sich beruhen ließ, sie ließen es zu, dass das Pentagon die Initiative ergriff, um sicherzustellen, dass die Sache nicht zu einem regionalen Krieg eskaliert. Und ich denke, auch die israelische Reaktion war eher zurückhaltend. Die USA erklärten ihnen, auch laut den Berichten von Seymour Hersh, dass sie auf sich allein gestellt seien, sollten sie in einen Krieg mit dem Iran ziehen wollen. Ich denke, die Zurückhaltung der Israelis spiegelt wider, dass sie bei größeren Angriffen nicht die volle Rückendeckung der USA haben. Dennoch besteht hier ein großes Risiko einer echten Eskalation.

ZR: Lassen Sie uns nun einige innenpolitische Entwicklungen rund um das Thema Israel und Gaza betrachten. Sie haben kürzlich einen Artikel in der Scheerpost und der Berliner Zeitung mit dem Titel Gaza and Germany's Path to Authoritarianism geschrieben. Darin dokumentieren Sie, wie die deutsche Regierung gegen kritische Stimmen zur israelischen Politik vorgeht und damit die bürgerlichen Freiheiten und das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährdet. Sie heben insbesondere die Fälle des ehemaligen griechischen Finanzministers und Politikers Yanis Varoufakis und des weltbekannten britischen palästinensischen Chirurgen der Universität Glasgow, Ghassan Abu-Sittah, hervor, denen die Einreise nach Deutschland und jegliche politische Betätigung untersagt wurde. Diese politische Maßnahme fand im Zusammenhang mit einer Palästina-Konferenz in Berlin statt, die am 12. April von Juden, Palästinensern und Deutschen organisiert und schließlich von der Polizei gestürmt worden war. Die deutsche Regierung begründete ihr Vorgehen damit, dass die Konferenz und die Redner darauf abzielen, antisemitische und israelfeindliche Stimmungen zu verbreiten sowie die terroristischen Aktionen der Hamas zu verherrlichen oder mit ihnen zu sympathisieren. Können Sie sich zu diesem Fall äußern und über den Stand der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland in Bezug auf Kritik an Israel sprechen?

FS: Das Vorgehen gegen diese Konferenz war wirklich ungeheuerlich. Sie sollte drei Tage

lang andauern, doch nach zwei Stunden beendete die deutsche Polizei die Konferenz. Sie stellten den Strom ab, weil ein gewisser Ghassan Abu-Sittah per Videobotschaft sprach, und sie behaupteten, dass diese Person kein Recht habe, in Deutschland zu sprechen, dass es ein Verbot für ihn gebe. Die Verantwortlichen der Konferenz wussten davon nichts. Ghassan Abu-Sittah selbst behauptete sogar, er habe davon nichts gewusst. Die Gründe, die für die Schließung der gesamten Konferenz angeführt wurden, waren also ziemlich fadenscheinig. Das wirft ernste Fragen über die Rechtsstaatlichkeit in diesem Land auf. Selbst wenn eine Person per Videobotschaft Befehle erteilt hat, die nicht im Einklang mit deutschem Recht stehen, gibt es keinen Grund, die gesamte Konferenz abzubrechen.

Das erinnert mich sehr an die McCarthy-Ära in den USA, wo Andersdenkende und Kritiker der Regierung als Kommunisten, als Antiamerikaner usw. bezeichnet wurden und wo es zu einer massiven Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten kam. Leider haben wir eine ähnliche Entwicklung in Deutschland. Das ist wirklich absurd. Nehmen wir einen anderen Fall, den Fall der Berlinale, des Filmfestivals. Der erste Preis, der Preis für Dokumentarfilme, ging an zwei Filmemacher. Der eine war Yuval Abraham vom israelischen Nachrichtenmagazin +972, der übrigens auch die Story über den KI-Einsatz beim israelischen Militärangriff auf Gaza aufgedeckt hat. Yuval kommt aus Israel und Basel Adra aus Palästina, und als sie den Preis erhielten, bezeichneten sie Israel als Apartheidstaat. Das sorgte für große Empörung in den deutschen Medien und unter deutschen Politikern. Der Bürgermeister von Berlin und viele andere bezeichneten diese Filmemacher als Antisemiten. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass die beiden renommiertesten Menschenrechtsorganisationen der Welt, Amnesty International und Human Rights Watch, denselben Begriff für Israel verwendet haben. Sie benutzen ihn seit Jahren nach gründlichen Untersuchungen und Studien vor Ort, und das aus gutem Grund. Denn die Palästinenser haben auf dem eigenen Territorium nicht die gleichen Rechte wie die Israelis. Aber wenn man einen Begriff wie Apartheid verwendet, wenn man sich auf Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International in Deutschland bezieht, ist man ein Israelhasser, ein Unmensch, ein Antisemit. Es ist also wirklich eine absurde Situation. Und so geht es weiter und weiter und weiter. Sehr renommierte Künstler und Wissenschaftler wie Nancy Fraser, Laurie Anderson, Masha Gessen usw. wurden von ihren Lehrverpflichtungen in Deutschland entbunden, weil sie die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die schwerwiegenden Verstöße gegen das Völkerrecht, die sehr gut dokumentiert sind, in Gaza benannt haben. Aber wenn man so etwas ausspricht und auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen verweist, die mit überwältigender Mehrheit einen sofortigen Waffenstillstand gefordert hat, ist man in Deutschland ein Antisemit. Und das ist angesichts der deutschen Geschichte wirklich sehr beunruhigend. Und in meinem Artikel erwähnte ich auch, dass ich der Meinung bin, dass dies eine völlige Fehlinterpretation der deutschen Geschichte des Holocausts, der Shoah ist, denn wie die deutsche Regierung und Teile der Presse behaupten, sollte die Konsequenz aus der Shoah die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel und seiner Regierung sein, egal wer an der Macht ist, egal, wie sie handeln. Derzeit ist die Regierung rechtsextrem. Und meine Schlussfolgerung aus der deutschen Geschichte ist, dass wir als Deutsche uns für die Menschenrechte einsetzen sollten, unabhängig von der Nationalität, der Religion, der Hautfarbe. Die Menschen im Gazastreifen

und die Palästinenser verdienen also den gleichen Schutz und die gleiche Sicherheit wie die israelischen Bürger. Aber die Vorstellung der deutschen Regierung und der deutschen Presse ist genau das Gegenteil. Sie nennen es Staatsräson. Wir müssen uns also an das halten, was der israelische Staat unternimmt. Und ich denke, das ist eine Travestie der Lehren aus der deutschen Vergangenheit, die wir ziehen sollten.

ZR: Werfen wir nun einen Blick auf eine andere Entwicklung, nämlich den Krieg in der Ukraine. Nach monatelangen Verzögerungen aufgrund politischer Differenzen konnte der US-Kongress am Dienstag, den 23. April, endlich ein umfassendes Auslandshilfepaket in Höhe von 95,3 Milliarden Dollar verabschieden. Dieses Hilfspaket umfasst 61 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Krieg gegen Russland, 26 Milliarden Dollar für Israel und humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten auf der ganzen Welt, einschließlich des Gazastreifens, und 8,12 Milliarden Dollar für, Zitat, „den Kampf gegen das kommunistische China“, Zitat Ende, in der indopazifischen Region, insbesondere für Taiwan. Was die Ukraine-Hilfe angeht, so wird der größte Teil der Mittel für die Aufstockung der US-Lagerbestände und den Kauf von US-Verteidigungssystemen verwendet. Ein bemerkenswerter Unterschied sind jedoch die taktischen Raketensysteme der Armee, die auch als „attack-ems“ bekannt sind. Bisher hatten die USA attack-ems mit einer Reichweite von 160 km entsandt, jetzt werden sie zum ersten Mal attack-ems mit einer Reichweite von 300 km zur Verfügung stellen, was nach Ansicht vieler Militäranalysten in westlichen Medien einen erheblichen Unterschied zugunsten des ukrainischen Militärs ausmachen wird. Was halten Sie von dieser jüngsten Runde von Hilfeleistungen? Kann sie der Ukraine endlich zu einem Sieg gegen Russland verhelfen?

FS: Es kommt darauf an, was Sie als Sieg definieren. Die ganze Idee, die zwei Jahre lang im Westen, in den USA und in Deutschland propagiert wurde – dass die Ukraine in der Lage sein würde, das gesamte Gebiet, den Donbass und die Krim, zurückzuerobern – ist völlig lächerlich. Niemand glaubt das. Es entspricht auch überhaupt nicht der Situation vor Ort. Russland ist auf dem Vormarsch, und der Ukraine mangelt es an Menschen. Das ist ein sehr ernstes Problem. Die Armee ist nach zwei Jahren des Krieges demotiviert. Sie hat große Schwierigkeiten, neue Leute zu rekrutieren. Millionen von Ukrainern, die dienen könnten, sind im Ausland. Es wird versucht, gegen diese Menschen vorzugehen. Sie versuchen, ihre diplomatische Hilfe in Ländern wie Deutschland aufzuheben, um sie zur Rückkehr in die Ukraine zu zwingen, was diese wahrscheinlich nicht tun werden, da sie nicht in einem Krieg sterben wollen, das macht keinen Sinn und bringt keinen Fortschritt. Hier liegt also das Hauptproblem für die Ukraine. Wenn sie jetzt neue Waffen bekommen, wird es Wochen und Monate bis zur Lieferung dauern. Die tschechische Regierung hat auch international Munition für die Ukraine aufgekauft, was interessant ist, weil die Tschechische Republik Teil der NATO ist und der NATO offenbar die Munition ausgeht. Hier stellt sich also eine weitere Frage. Als der Krieg in der Ukraine begann, war der Militärhaushalt der NATO 20 Mal so hoch wie der Russlands. Wir könnten danach fragen, warum uns die Munition so schnell ausgeht. Und ich denke, eine der Antworten lautet, dass im westlichen Militärsystem, vor allem in den USA, aber auch in anderen Ländern, Korruption im großen Stil herrscht. Aber das ist eine andere Geschichte.

Macht das einen Unterschied? Die Ankunft dieser Waffen wird einen gewissen Unterschied bewirken, aber sie werden das Blatt nicht zu Gunsten einer ukrainischen Offensive wenden, die das gesamte Gebiet zurückerobern könnte. Was sie bewirken, ist eine Verlängerung des Krieges. Und wir erleben bereits etwas, das man ein neues Verdun nennen könnte. Die große Schlacht im Ersten Weltkrieg, bei der es ein Jahr lang oder noch länger keine Fortschritte gab und bei der Hunderttausende von Soldaten starben. Wir müssen diese Situation beenden. Der einzige Weg, dem ein Ende zu setzen, ist nicht mehr Militärhilfe, sondern Verhandlungen. Und worum könnte es bei diesen Verhandlungen gehen? Es könnte um die Neutralität der Ukraine gehen. Das wäre von Anfang an Teil der Lösung gewesen, wie viele, auch Henry Kissinger, vor dem Krieg gesagt haben, denn Russland hatte schon lange die Neutralität der Ukraine gefordert, wenn der Westen zugestanden hätte, dass die Ukraine nicht Teil der NATO werden würde, dann hätten wir keinen Krieg; höchstwahrscheinlich. Trotzdem sollte es Teil der Verhandlungen sein. Ich denke, das wäre im Interesse des ukrainischen Volkes. Natürlich brauchen sie Sicherheitsgarantien in der einen oder anderen Form. Und dann muss über den Status der Gebiete verhandelt werden, die jetzt von Russland gehalten werden, und die Verhandlungsposition der Ukraine ist jetzt viel schwächer als zu Beginn des Krieges. Zu Beginn des Krieges hätte sich Russland auf die Linien vor dem 24. Februar 2022 zurückziehen können. Ich denke, dass sie es heute nicht mehr tun werden, und das ist eine traurige Angelegenheit, denn ich plädiere für die Anerkennung der internationalen Grenzen. Der Einmarsch Russlands war also ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht. Aber jetzt haben wir eine Situation vor Ort, in der wir das weitere Töten von Hunderten und Tausenden von Menschen verhindern müssen, weil die Grenze in den nächsten zehn Jahren fünf Kilometer nach Osten oder fünf Kilometer nach Westen verschoben wird. Ich denke, wir müssen das stoppen und wir sollten Verhandlungen aufnehmen.

ZR: Lassen Sie uns einen Blick auf die Nord Stream-Pipeline werfen und Ihre Sichtweise zu einigen der jüngsten Entwicklungen erfahren, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass Sie der erste europäische Journalist waren, der Seymour Hersh interviewte, nachdem er Enthüllungen über die Bombardierung der Nord Stream-Pipeline durch die USA veröffentlichte. Für diejenigen, die dieses Interview verpasst haben, werden wir es in der Beschreibung dieses Videos verlinken. Im Februar gab es eine Reihe von Entwicklungen im Zusammenhang mit der Nord Stream-Pipeline. Schweden gab bekannt, dass es seine Ermittlungen im Zusammenhang mit der Explosion der Nord Stream-Pipeline mit der Begründung eingestellt hat, dass das Land für diesen Fall nicht zuständig sei, und übergab die gewonnenen Informationen an die deutschen Ermittler. Nach Schweden beendeten auch die dänischen Behörden ihre Ermittlungen und kamen zu dem Schluss, dass die Pipelines vorsätzlich sabotiert worden waren. Sie beschlossen jedoch, die Ermittlungen nicht weiter zu verfolgen, da es in Dänemark keine Grundlage für ein etwaiges Strafverfahren gab. Auch die Ergebnisse der Ermittlungen wurden nicht veröffentlicht. Können Sie diese Entwicklungen beurteilen und zwei Jahre später nochmal über diese Affäre berichten?

FS: Im Grunde sehen wir, dass in den westlichen Ländern, die Zugang zu Beweisen haben, wie Schweden, die USA, natürlich Dänemark und Deutschland, kein wirkliches Interesse besteht, in diesem Fall Fortschritte zu machen. Das Interessante bei Schweden ist, dass sie

zunächst die Zuständigkeit für sich beanspruchten, obwohl viele Rechtsexperten sagten, dass sie gar nicht zuständig seien. Und jetzt erklären sie: Nein, wir sind nicht zuständig, wir werden den Fall nicht weiterverfolgen. Das ist also ziemlich widersprüchlich. Der Verdacht liegt nahe, dass sie sich für zuständig erklärten, um Beweise zu sammeln, und nun den Fall abschlossen und angaben, keine Erklärung abgeben zu wollen. Ich habe gehört, dass die schwedischen Behörden die Beweise übergeben haben. Anscheinend haben sie einen Container voll mit Gegenständen, die sie auf dem Grund der Ostsee gesammelt haben. Sie haben ihn den deutschen Behörden übergeben. Aber auch die deutschen Behörden schweigen. Ich denke also, dass es nur wenig Interesse daran gibt, echte Beweise über die Täter zu finden. Der Grund dafür liegt auf der Hand, denn die Story, die Seymour Hersh aufgedeckt hat, ist immer noch nicht wirklich entlarvt. Wir wissen nicht, ob sie wahr ist. Wir wissen nicht, ob sie teilweise wahr ist, aber es besteht immer noch die Möglichkeit, dass die USA beteiligt waren oder dass sie zumindest wussten, was vor sich ging. Einen Monat, nachdem Seymour Hersh seine Story veröffentlicht hatte, berichteten die New York Times, Die Zeit und andere über die Segelboot-Story, dass die Ukrainer mit einem Segelboot beteiligt waren. Es gab ernsthafte Zweifel an der Durchführbarkeit dieser Geschichte. Wenn jemand als Student im ersten Semester diese Berichte in der New York Times und der Zeit vorgelegt hätte – ich glaube, jeder Journalistikprofessor hätte sie zurückgewiesen, weil sie so voller Fehler waren, voller Fehlkalkulationen, voller Fragen, die nicht gestellt wurden. Später kam dann immer mehr dazu, aber es gibt immer noch keinen wirklichen Hinweis darauf, ob diese ukrainische Segelboot-Geschichte wirklich Teil der Geschichte ist.

Es ist durchaus möglich, dass sowohl die Hersh Story als auch die ukrainische Segelboot Geschichte ein Teil eines Puzzles sind. Entweder ist die ukrainische Story über das Segelboot ein Ablenkungsmanöver, um vom eigentlichen Plan abzulenken, oder, was wiederum ein anderes Szenario wäre, dass Seymour Hersh eine frühere Version der Geschehnisse hatte und die Geheimdienste eine zweite Version vorlegten, die ebenfalls ein Segelboot und ukrainische Kräfte beinhaltete. Wir wissen also immer noch nicht, was passiert ist, aber ich denke, es ist nicht überraschend, dass wir kein wirkliches Interesse an der Aufklärung des Geschehens haben, denn wenn die USA auf die eine oder andere Weise beteiligt waren, könnte das das Ende der NATO bedeuten. Wenn die USA wichtige Infrastrukturen ihrer Verbündeten, einschließlich Deutschlands, bombardieren, dann ist das ein schwerer Vorfall. Und in einem Bündnis wäre das wirklich ein Erdbeben. Ich glaube also, dass es noch lange dauern wird. Hoffentlich kommen wir eines Tages dahinter, aber wir müssen weiterhin Fragen stellen. Wirklich bemerkenswert ist, dass die Version von Sy Hersh in unseren Medien kaum je diskutiert wird. Sie ist zwar plausibel, was aber nicht heißt, dass sie unbedingt wahr ist. Aber wenn man ein so großes Verbrechen betrachtet, den größten Sabotagefall der jüngeren Geschichte, dann sollte man kriminalistische Maßstäbe anlegen. Bei jedem Krimi, den man allabendlich im Fernsehen sieht, wird danach gefragt: Wer hat ein Motiv, wer hat die Mittel, es zu tun? Was für Theorien können wir darüber aufstellen? Und natürlich hatten die USA eine Menge Motive. Sie wollten die Beziehungen zwischen Russland und Westeuropa unterbrechen, was eine alte, lange Tradition der geopolitischen Strategien der USA ausmacht. Sie wollten ihr Flüssiggas an Europa verkaufen, anstatt dass Russland sein billigeres Gas verkauft. Es gibt also eine ganze Reihe von Motiven. Und die USA haben wiederholt gesagt,

US-Präsident Biden erklärte, als er bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus neben Olaf Scholz stand, dass wir diese Pipeline stilllegen werden. Und es wird kaum darüber diskutiert, wie es möglich ist, dass ein US-Präsident behauptet, dass sie in der Lage sein werden, entscheidende Infrastruktur eines Verbündeten zu zerstören, und noch weniger wird darüber diskutiert, ob sie Teil dieser Story sein könnten. Die Pipeline-Frage sorgt seit Jahren für viel Aufregung. Zunächst behaupteten viele Medien, Russland habe seine eigene Pipeline in die Luft gejagt. Das ist wirklich eine lächerliche Behauptung. Dafür gibt es überhaupt keine Beweise. Nach geraumer Zeit kamen sogar die Geheimdienste, die Washington Post und andere, zu dem Schluss, dass es keinerlei Beweise gibt. Aber sie verschwendeten Monate mit dieser Behauptung, anstatt in die andere Richtung zu schauen, in Richtung der USA.

ZR: Fabian Scheidler, unabhängiger Journalist und Autor. Vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

FS: Danke für die Einladung.

ZR: Danke, dass Sie heute zugeschaltet haben. Bitte vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean beizutreten. YouTube, das sich im Besitz von Google befindet, kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren. Sollte das passieren, können wir Sie nicht einmal mit einer Ankündigung erreichen. Falls Sie sich unsere Videos regelmäßig ansehen, sollten Sie uns monatlich unterstützen und einen Dauerauftrag über Patreon, PayPal oder direkt auf unser Bankkonto einrichten. Wir haben 148.000 Abonnenten, und wenn alle unsere Abonnenten nur 2 bis 3 Euro pro Monat über einen Dauerauftrag spenden, wären wir in der Lage, alle unsere Kosten zu decken, darunter die Wartung der Website, Versicherungen, Steuerberatung, Videobearbeitung, Übersetzung, Voiceover und vieles andere. Es ist unser Grundprinzip, kein Geld von Regierungen oder Konzernen anzunehmen. Wir lassen nicht einmal Werbung zu, alles mit dem Ziel, unabhängig zu bleiben und Ihnen eine Perspektive zu bieten, die Sie in den Leitmedien nicht hören werden. Ich danke Ihnen fürs Einschalten und für Ihre Unterstützung. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org